

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1580,
Circulanz:
Riesa Nr. 22.

Nr. 281.

Sonntag, 2. Dezember 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Voranschlag, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg 2.14 einfr. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 29 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jeitragender und abellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt existiert, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wichtige Beschlüsse des Reichstabinetts

Ein Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat.
Die NSDAP. eine Körperschaft des Rechts.
Rudolf Heß und Stabschef Röhm zu Reichsministern ernannt.
Aote Geheimbünde in Dresden aufgedeckt.

Deutschlands „Karte der Arbeit“.

Eine deutsche Arbeitsordnung in Sicht.

Die das faschistische Italien die soziale Aufbauarbeit durch eine Carta del Lavoro krönte, so wird auch das neue Deutschland durch eine Arbeitsordnung der menschlichen Arbeit einen neuen Sinn geben. Die Verwirklichung dieser neuen Arbeitsordnung steht unmittelbar bevor. Die in diesen Tagen durchgeführte Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes heißt schon einen Teilabschnitt der neuen Arbeitsordnung dar.

Der Arbeitsdienst, das Sorgenkind früherer Regierungen, nimmt fortan im Arbeitsprozeß eine wichtige Stellung ein. Noch beruht er auf dem Grundgedanken der Freiwilligkeit. Die Arbeitsdienstpflicht bleibt für spätere Zeiten vorbehalten. Der Übergang zu dem Wehrdienstähnlichen Arbeitsdienst wird sich nun aber beträchtlich beschleunigen. Der Arbeitsdienst, der jedem Absolventen eines Arbeitslagers bei seiner Entlassung ausgeschrieben wird, bietet große soziale Vorteile. Behörden und Arbeitgeber werden in Zukunft sehr darauf achten, daß die jungen Wehrdienstverpflichteten sich mit einem Arbeitspaß ausweisen können. Bewußtensmäßig mit einem Arbeitspaß! Denn es läßt sich durchaus denken, daß auch der Nachweis anderer Arbeiter für den nationalen Aufbau die Gelegenheit eines Auswärters für eine Staatsstellung begründet. Den vielen Kämpfern für ein neues Deutschland müßte die neue Arbeitsordnung einen bevorzugten Platz im Staate anweisen.

Eine allgemeine Arbeitsordnung ist notwendig, weil sich die Auffassungen über die Arbeit und den Arbeiter geändert haben. Bismarck, noch ganz besungen in patriarchalischen Vorurteilen, konnte in den achtziger Jahren noch gegen heftigen Arbeitersinn gegen die Sonntagsruhe wehren, weil Industriellen, welche 14 Prozent Arbeit durch die Sonntagsruhe verlieren, vielleicht nicht beabsichtigt bleiben und die Arbeiter schließlich ihren Erwerb verlieren würden. Die Sonntagsruhe ist längst eine soziale Selbstverständlichkeit geworden und der Achtstundentag hat die deutsche Industrie nicht nur umgerichtet. Hier irzte Bismarck! Hier täuschte sich aber auch der Liberalismus, der den Staat überhaupt nicht mit sozialen Fragen befaßte. Erst der Nationalsozialismus heiligerte die menschliche Arbeit zu einem nationalen Gut. Sie bedarf des staatlichen Schutzes. Die gerechten Ansprüche der Schwachen müssen in einer Arbeitsordnung mit Berücksichtigung werden. Bei dem Aufbau der Deutschen Arbeitsfront, in der jeder Arbeiter und Unternehmer einträchtig zusammenarbeiten, wurde schon darauf hingewiesen, daß die materiellen Forderungen der Arbeitnehmer vor einem anderen Premium ungetragenen werden.

Arbeit ist das künftige Verhältnis von Kapital und Arbeit in den neuen Staat zu bringen — das ist der Sinn der bevorstehenden Arbeitsordnung. Sie wird die nationalsozialistische Auffassung von der Arbeit des einzelnen im sozialen Staat zum verpflichtenden Gesetz machen. Im Gegensatz zu den patriarchalischen und liberalistischen Vorstellungen von der Arbeit muß sie die soziale Verpflichtung des Staates besonders betonen. Der monarchistische und der republikanische Staat konnte auf eine eigene Arbeitsordnung verzichten, weil sie beide nicht den Vorrang des Volkes vor dem Wirtschaftlichen anerkannten. Der neue Staat sieht sich ganz anderen Verpflichtungen gegenüber.

Abermals darf sich hier das neue Deutschland die Erfahrungen verwandter Regierungssysteme zunutze machen. Mit seiner berühmten Carta del Lavoro gab Mussolini am 2. April 1927 ein leuchtendes Vorbild für die Wertung der Arbeit in einem totalen Staat. Der frühere italienische Arbeitsminister Volpi bezeichnete Mussolinis Arbeitsordnung mit Recht als das grundlegende Dokument des Regimes, das aus dem schöpferischen Drang der faschistischen Revolution hervorgegangen ist. Er steht in diesem Werk überhaupt die Grundlagen für das neue Leben der gesamten nationalen Gemeinschaft. In der Tat läßt sich kaum vorstellen, was geschehen wäre, wenn Mussolini nicht mit seinem Zugriff die Spannungen zwischen den beiden großen Welten des Wirtschaftslebens beseitigt hätte. Mit der Karte der Arbeit ist das faschistische Regime auf einen Grund gestellt worden, der ewig dauert.

Wie in Italien durch die Carta del Lavoro der Arbeitsprozeß in die großen Zusammenhänge des Staatsaufbaus eingegliedert werden konnte, so wird nun auch in Deutsch-

Aus der Sitzung des Reichstabinetts.

Das Reichstabinett genehmigte am Freitag ein Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat.

Nach diesem Gesetz wird die NSDAP eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Zur Gewährleistung und der Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA Mitglieder der Reichsregierung. Für die Mitglieder der NSDAP und der SA einschließlich der ihr unterstellten Gliederungen wird eine Partei- und SA-Gerichtsbarkeit eingeführt.

nach der außer den sonst üblichen Dienststellen auch Haft- und Arreststrafen verhängt werden können, wenn Pflichtverletzungen gegen die Organisation und Verträge gegen die Partei und Ordnung vorkommen. Die öffentlichen Behörden, insbesondere also die Polizei- und Gerichtsbehörden, haben den mit der Ausbildung der Partei- und SA-Gerichtsbarkeit betrauten Dienststellen der Partei und der SA Amt- und Rechtshilfe zu leisten. Damit wird festgestellt, daß die Mitglieder der Partei und der SA sowie der ihr unterstellten Gliederungen erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat haben.

Erhaltung der sozialen Versicherungen

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der Kabinettsitzung war die große Gesetzesvorlage des Reichsarbeitsministeriums über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, Angestellten- und der Knappschaftlichen Versicherung.

Durch diesen Gesetzesentwurf wird eine Sanierung der Invalidenversicherung herbeigeführt

und die dauernde Leistungsfähigkeit dieser mit großen finanziellen Schwierigkeiten ringenden Versicherung sowie der ebenfalls technisch nicht völlig ausgeglichenen Angestellten- und Knappschaftsversicherung sichergestellt werden. Dieses für das Arbeiterum und die Angestelltenchaft hochbedeut-

same Gesetzeswerk, das den Versicherten die in den letzten Jahren ständig größer werdende Sorge für die Erhaltung ihrer Ansprüche aus den Versicherungen nimmt, ist gerade an dem Tage vom Kabinett Hitler verabschiedet worden, an dem vor fünfzig Jahren das erste große soziale Gesetzgebungswerk der Regierung Bismarck, die Krankenversicherung, in Kraft gesetzt worden ist.

Öffentliche Fürsorge

Nach einer vierten Verordnung zur Änderung von Rechtsgrundlagen über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge kann in Gemeinden, die von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle als Kostandsgemeinden erklärt werden, die Fürsorge für Personen, die in die Gemeinde nach ihrer Erklärung als Kostandsgemeinde zuziehen, unter strengster Prüfung der Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit auf das zur Fristung des Lebens Unersäglich oder unter Ablehnung der offenen Pflege auf Anstaltspflege beschränkt werden. Dies gilt nicht für Klein- und Sozialrentner und ihnen Gleichstehende.

Gesetz über den Dienst

Ferner genehmigte das Reichstabinett ein Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht, wonach der Dienst eine dem heutigen Staat angepaßte Formulierung erhält.

Änderung der Schlachthausgebühren

Das Reichstabinett genehmigte ferner eine Änderung des Gesetzes über die Gebühren der Schlachthausmärkte, Schlachthäuser und Fleischmarkthallen, wodurch gewisse Unstimmigkeiten beseitigt werden sollen bezüglich des Ausgleichszuschlages, wenn Schlachtleib über einen Schlachtleibmarkt einer Schlachthausgemeinde, in der ein Ausgleichszuschlag erhoben wurde, gebracht worden ist und danach einem öffentlichen Schlachthaus einer anderen Gemeinde ohne Berührung des Schlachtleibmarktes dieser Gemeinde zugeführt wird.

Rudolf Heß ist nicht nur einer der ältesten Angehörigen der Partei, sondern er ist auch im besonderen Maße seit jeder der Vertraute des Führers gewesen. Heß ist als Auslandsdeutscher am 20. April 1894 in Alexandrien in Kappadokien geboren, wo er bis zu seinem 14. Lebensjahre blieb. Von dort kam er dann in das bekannte Gädagogium Godesberg am Rhein. Eine kaufmännische Lehrzeit und Dienst im 1. Bayerischen Infanterieregiment schloß sich an. Im Kriege hat er mehrfach Verwundungen erlitten, vor allem einen schweren Lungenschuß. Trotz dieser sehr ersten Verwundung meldete er sich, kaum genesen, zu den Alliegern und kam noch im Herbst des Jahres 1918 mit der Jagdabteilung 35 an die Westfront. Nach dem Kriege lebte er vor allem in München, wo er nur durch einen glücklichen Zufall dem graufikgen Giftmord entging. Seit Juli 1920 gehört Rudolf Heß der NSDAP an. Auch bei Gründung der SA trat er ihr sofort bei. Infolge seiner engen Verbundenheit mit dem Führer stand er inmitten der Ereignisse des 9. November 1923 in München. So hat er die Festungshaft in Landsberg mit seinem Führer geteilt.

Reichsminister Stabschef Röhm.

11 Berlin. Mit der Ernennung des Stabschefs der SA, Ernst Röhm zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich, die gestern durch den Reichspräsidenten auf Vorschlag des Kanzlers erfolgt ist, ist dem unermüdeten Vorkämpfer für das Dritte Reich die Würdigung widerfahren, die Ernst Röhm in unermüdetem Fleiß und soldatischer Pflichterfüllung verdient hat. Der frühere Berufsoffizier, der dreimal im feindlichen Feuer während des Weltkrieges verwundet wurde, und später als Generalstabschef beim Freikorps Epp die Reichskriegsflagge hütete, ist mit dem heutigen Tage auch in die politische Führung des Staates eingetretet, für den er die braune Armee geschaffen hat.

Heß und Röhm Reichsminister

Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, sowie Stabschef der SA, Ernst Röhm, zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

Reichsminister Rudolf Heß.

11 Berlin. Zur allgemeinen Überraschung hat gestern der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, der bisher im amtlichen politischen Leben weniger in Erscheinung getreten war, zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt.